



ANFRAGE		Vorlage Nr.:	2016/0476	
Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)				
vom: 27.07.2016				
Zwangsverrentung von Hartz-IV-Beziehenden				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	20.09.2016	40	x	

1. Wie viele Hartz-IV-Beziehende sind vom Jobcenter der Stadt Karlsruhe aufgefordert worden vorzeitig in Rente zu gehen, und zwar je in den Jahren 2010 bis 2016 (in absoluten Zahlen und Prozentanteil der Hartz-IV-Beziehenden über 58 Jahre)?
2. Wie viele dieser Hartz-IV-Beziehenden sind
 - a) Dieser Aufforderung nachgekommen (absolut und in Prozent)?
 - b) Dieser Aufforderung nicht nachgekommen (absolut und in Prozent)?
3. Wurden diejenigen, die der Aufforderung einen Rentenantrag zu stellen nicht nachkamen, sanktioniert, d.h. wurden ihnen Leistungen gekürzt?
 - Wenn ja in welcher Höhe (absolut und Prozentanteil)?
4. Für wie viele Hartz-IV-Beziehende, die der Aufforderung zur vorzeitigen Rentenantragstellung nicht nachkamen, hat das Jobcenter der Stadt Karlsruhe entsprechende Rentenanträge stellvertretend gestellt?
5. Wie hoch (prozentual und absolut) sind die Abschläge, die Hartz-IV-Beziehende hinnehmen müssen, wenn sie sich vorzeitig verrenten lassen oder vom Jobcenter zwangsweise vorzeitig verrentet werden?
6. Wie hoch sind die Summen der Einsparungen, die das Jobcenter Karlsruhe dadurch erzielt hat, dass es Hartz-IV-Beziehende vorzeitig in Rente geschickt hat, je in den Jahren 2010 bis 2016?
7. Sieht die Stadtverwaltung für frühzeitig verrentete Hartz-IV-Beziehende ein verstärktes Risiko in Bezug auf Altersarmut?
8. Wie wirkt sich das aus und was unternimmt die Stadt Karlsruhe im Rahmen ihrer Leitlinien gegen Altersarmut dagegen?

Sachverhalt / Begründung:

Neben Armut durch Hartz-IV droht älteren Langzeitarbeitslosen zusätzlich die zwangsweise frühzeitige Verrentung, mit entsprechenden Rentenabschlägen. Wer sich dem verweigert, dem kann das Jobcenter Leistungen kürzen oder stellvertretend Rentenanträge stellen. Die damit sich noch verschlimmernde Altersarmut wird von den Verfechtern des Hartz-IV-Systems billigend in Kauf genommen. Die Anfrage soll klären, ob die Stadt hier in besonderer Weise im Sinne der Leitlinien gegen Altersarmut tätig werden muss.

unterzeichnet von:
Sabine Zürn
Niko Fostiropoulos